

A n t r a g

der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Innovationsimpuls für Rheinland-Pfalz durch zielgerichtete Technologiepolitik

Der Landtag stellt fest:

Der Erfolg der rheinland-pfälzischen Wirtschaft basiert insbesondere auf der Fähigkeit der Unternehmen und ihrer Beschäftigten, technologische Lösungen zu entwickeln, die im internationalen Wettbewerb qualitative Maßstäbe setzen.

So erwirtschafteten die produzierenden Unternehmen unseres Landes im Jahr 2017 knapp 56 Prozent ihres Umsatzes im Ausland. Diese Stärke zu sichern und nach Möglichkeit weiter auszubauen, ist auch die Aufgabe der Landesregierung. Der Schlüssel dazu liegt in einer zielgerichteten Innovations- und Technologiepolitik.

Das produzierende Gewerbe, in dem in Rheinland-Pfalz 25 Prozent aller Erwerbstätigen arbeiten, wirkt sich unmittelbar auch auf andere Branchen aus. Ein großer Teil der Wertschöpfung, der den unternehmensnahen Diensten zuzuordnen ist, würde ohne den industriellen Sektor nicht existieren. Ohne die teilweise erfolgten Auslagerungen von unternehmensnahen Dienstleistungen aufgrund unternehmerischer Restrukturierungen würde der Industriesektor in den Statistiken eine noch stärkere Gewichtung haben. Es gibt also nicht die Option „Industrie oder Dienstleistungen“ sondern nur ein sowohl als auch.

Produktionsmethoden stehen vor einem grundsätzlichen Wandel. Die Begriffe „Smart Factory“, Künstliche Intelligenz und Blockchain sind Stichworte, welche die Richtung aufzeigen: Industrielle Produktion wird künftig weit stärker individualisiert erfolgen. Werkstücke und Maschinen werden immer selbstständiger untereinander kommunizieren und gewinnen an Lernfähigkeit.

Ähnliche Herausforderungen ergeben sich in reinen Dienstleistungsbereichen wie beispielsweise dem Handel. Dieser erfährt bereits heute durch technologische Entwicklungen einen massiven Umbruch der Vertriebswege.

Auch die Ressourceneffizienz wird immer mehr zu einer der Schlüsselfragen für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen. Insbesondere Material- und Energiekosten sind in der Regel der Hauptkostenfaktor im produzierenden Gewerbe.

Diese Herausforderungen betreffen die Wirtschaft insgesamt. Sie erfordern neue Berufsbilder und stellen neue Anforderungen an die Unternehmen und ihre Beschäftigten. Letztere müssen einerseits auf die Veränderungen durch die Digitalisierung gut vorbereitet werden und andererseits auch von den Chancen für gute Arbeit profitieren.

Der Landtag begrüßt:

- das Engagement der Landesregierung im Bereich der „Smart Services“;
- den von der Landesregierung initiierten Aufbau des Netzwerks „Digitaler Handel“;
- die Unterstützung der Unternehmen durch die Landesregierung beim Auf- und Ausbau der Außenwirtschaftsaktivitäten;
- die Umsetzung der „Transferinitiative Rheinland-Pfalz“;

- die zielgerichtete Innovationsförderung des Landes, die Innovationen von der ersten Idee bis zur Marktreife unterstützt;
- die Erarbeitung einer Digitalen Agenda mit dem Ziel, die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche digitale Transformation für die Wirtschaft im Dialog kontinuierlich zu verbessern;
- die Weiterentwicklung von Netzwerken wie Ecoliance und Effnet zur Unterstützung von Unternehmen mit Fokus auf innovative Umwelttechnologien;
- die Unterstützung durch die Landesregierung von rheinland-pfälzischen Unternehmen bei einem effizienten Umgang mit Ressourcen und Energie durch Informationen, Beratung und Projekte;
- den Dialogprozess zum Masterplan „Zukunft der Arbeit in Rheinland-Pfalz“ der Landesregierung zu den Chancen und Herausforderungen von Arbeit 4.0.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- ein zentrales Innovationsportal aufzubauen;
- beim Aufbau von Kompetenzen im Bereich der additiven Fertigungsverfahren (3D-Druck) mitzuwirken;
- im Rahmen der Fortschreibung der Innovationsstrategie die Netzwerk- und Clusterschwerpunkte zu überprüfen und weiterzuentwickeln;
- die Innovationsförderung des Landes vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen und Bedarfe unserer Unternehmen im Land, insbesondere in den Bereichen softwarebasierte und nicht-technologische Innovationen, weiterzuentwickeln;
- die Neuausrichtung der Technologiezentren weiter voranzutreiben und noch stärker auf die Bedarfe der Existenzgründer auszurichten;
- die fachliche Ausrichtung und Schwerpunktsetzung der Forschungsinstitute mit Landesbeteiligung zu überprüfen;
- sich weiter für einen freien und fairen Handel einzusetzen;
- die Chancen der Digitalisierung für gute Arbeit zu nutzen und somit neue Qualifikationsanforderungen und Weiterbildungserfordernisse anzugehen.

Für die Fraktion der SPD: Für die Fraktion der FDP:
Martin Haller Marco Weber

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Pia Schellhammer